

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Völsberg, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 115

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Samstag, den 17. Mai

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Larmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

Durchführung des von der Reichsregierung beschlossenen Ostprogramms ist Reichsminister Treviranus in Aussicht genommen, dem der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder zur Seite gestellt werden soll.

* Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde mitgeteilt, daß die Kopfszahl der Kriegsbeschädigten in Deutschland gegenwärtig 840 000 beträgt.

* Das Hygienemuseum in Dresden ist feierlich eröffnet worden. Reichspräsident von Hindenburg sandte in einem Handschreiben persönliche Glückwünsche und Grüße.

Hinter den Kulissen von Genf.

Der Streit um Tunis. — Die „lateinischen Schwestern“. — Auf Abbruch verkauft.

Wer weiß denn heute eigentlich noch, daß 1885 Italien dem deutsch-österreichischen Zweibund beitrug, weil ihm Frankreich das damals noch unabhängige Tunis vor der Nase weggeschnappt hatte! Wenn man heute von einem ganz offensichtlichen französisch-italienischen Gegensatz spricht, so hat dieser auch wieder den Streit um Tunis als nähere Ursache. Dahinter steht ja natürlich das begreifliche Streben Italiens, seinen wachsenden Bevölkerungsüberschuß nicht überall in der Welt versickern zu lassen, sondern sich in engerer Verbindung mit dem Mutterlande, also in Nordafrika, ein zweites Italien, ein Kolonialreich zu schaffen. Wobei es überall auf Frankreich stößt oder — wie auf der Ostseite der Adria — auf einen Verbündeten Frankreichs, Jugoslawien bzw. Griechenland. Über Albanien, das die Italiener allerdings fest in der Faust haben, sind sie infolgedessen dort nicht hinausgekommen. Aber in Nordafrika ist man bei den französisch-italienischen Verhandlungen zu einem wirklich entscheidenden Entschluß auch in Genf bei der jetzt beendeten Tagung des Völkervertrages nicht gekommen. Denn letzten Endes handelt es sich nicht darum, ob Italien seine Kolonie Tripolis durch eine „Grenzverlängerung“ gegen Tunis um 40 000 oder 60 000 Quadratkilometer vergrößern kann, sondern um Tunis selbst, wo sieben Achtel der dort wohnenden Europäer italienischen Ursprungs sind, aber durch die Methoden der französischen Kolonialpolitik zu Franzosen gemacht werden sollen. Obwohl doch Frankreich ein Kolonialreich besitzt, das sechzehnmal so groß wie das Mutterland ist, wo seit den letzten sechzig Jahren die Bevölkerungszahl im Gegensatz zu der „lateinischen Schwester“ — Italien — nur unwesentlich gewachsen ist.

Nach dem Ausdruck eines weisen Mannes pflegt die Liebe zu Verwandten im Quadrat der Entfernung zu wachsen, die sie voneinander trennt, und wie falsch das Wort „Blut ist dicker als Wasser“ war, haben wir Deutsche im Weltkrieg beifens erfahren. Ebenso ist's mit jenen beiden „lateinischen Schwestern“, ein Wort, das man wenigstens in Italien mit Spott und Hohn übergießt; dort hat man sich gerade durch Versprechungen der Entente, Italien ein Kolonialreich zu schenken, fördern lassen, auch durch Verheißungen in der tunesischen Frage. Dabei herausgekommen ist nichts. Die kleinasiatischen Hoffnungen zerstörte das Schicksal Kemal Paschas, aus Syrien wurde ebensowenig etwas wie aus Abessinien — die italienische Niederlage von Addis Abeba gegen Menelik ist unvergessen — und auch in Arabien ist nichts zu machen. Und da Mussolinis Kolonialpläne von Tripolis aus über den Sudd nach der afrikanischen Westküste — Kamerun — gehen, geraten dadurch die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Kolonialmandate ins Wanken, und so kann man verstehen, warum Mussolini erst vor kurzem wieder erklärte: „Die Friedensverträge sind mangelhaft; die durch den Krieg und im Frieden entstandenen Probleme werden eine Regelung finden müssen. Es gibt Nationen, die nicht in ihrem jetzigen Zustand bleiben wollen.“ Also gerade das Gegenteil dessen, was Frankreich will: die Stabilisierung des Europa von heute. Und der Träger dieser Politik, Briand, arbeitet natürlich aufs Schärfste den Wünschen des „unruhigen“ Italiens entgegen, so daß weiter nicht verwunderlich ist, wenn auch hinter den Kulissen der letzten Genfer Tagung nichts zu einer Generalvereinbarung des französisch-italienischen Verhältnisses herausgekommen ist, Frankreich eben nur nein sagt und im übrigen den Dingen ihren Lauf läßt.

Derartige Schritte zu einer Generalvereinbarung sind auch hinsichtlich des deutsch-französischen Verhältnisses sehr nötig geworden, und zwar wegen der Dinge, die jetzt im Rheinland vor sich gehen. Ganz abgesehen von den sehr bestimmt kolportierten Gerüchten, der General Guillaumat mache Schwierigkeiten wegen der Innehaltung des Räumungstermins zum 30. Juni — was er selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Kriegsministers im Kabinett Lardieu, des in Deutschland sattem bekannten Herrn Maginot, tun kann — gibt es im Rheinland allerhand Differenzen wegen der Art, mit der die Franzosen jetzt vor ihrem Abbruch mit den früheren „militärischen Zwecken“ dienenden Bauwerken, Materialen usw. verfahren, ohne, wie im Haag vereinbart war, sich über deren anderweitige Verwendung mit der deutschen Regierung in Verbindung zu setzen. Es wird einfach alles zerstört, verschleudert, auf Abbruch verkauft. So die Zeppelinhalle in Trier, die anderthalb Millionen gekostet hat und jetzt an eine elbische Abbruchfirma für ein paar tausend Mark verhöbert wurde. Wobei die Kaufvereinbarung eines gro-

Rheinland und Saar

Rehrens in Genf.

Curtius und Briand sprechen über Räumungsfragen.

Die Delegationen, die an der letzten Ratstagung in Genf teilgenommen haben, haben nunmehr den Konferenzort alle verlassen. Als einer der letzten reiste Außenminister Dr. Curtius ab, der sich zunächst zu einem kurzen Aufenthalt nach Baden-Baden begeben hat.

Auch die letzte Unterredung, die Curtius mit Briand hatte, behandelte wieder die Frage der Rheinlandräumung. In Verbindung mit dem Abbruch der Zeppelinhalle in Trier wurde ganz allgemein über die Frage gesprochen, in welchem Umfange noch auf Grund des Versailler Vertrags Zerstörungen in der geräumten Zone von Frankreich gefordert werden können. Zu einer Einigung über diesen Punkt ist es nicht gekommen. Ferner bezog sich die Unterredung auf die Liquidation, die nach der Räumung der bisher von den Besatzungstruppen beschlagnahmten Gebäude notwendig wird. Die Besprechungen darüber sollen in Paris durch den Vorkämpfer von Gieseler fortgesetzt werden. Die Abwicklung soll sich ungefähr nach den Richtlinien wie bei der Räumung der zweiten Zone vollziehen. Auch mit dem englischen Außenminister hatte Curtius noch eine Unterredung, die sich ebenfalls auf die Räumung bezog. Es soll kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die französischen Truppen vor dem 30. Juni das Rheinland geräumt haben werden. Deutscherseits besteht natürlich der Wunsch, daß auch die Übergabe und Abwicklung vor diesem Datum beendet sein wird. Die

französische Presse glaubt allerdings, daß es möglich sein wird, daß hier und da im besetzten Gebiet am 30. Juni noch einige Nachzügler vorhanden sein könnten, und Briand soll Dr. Curtius gebeten haben, hierüber nicht etwa ungehalten zu sein.

Der „Petit Parisien“ will auch wissen, daß Dr. Curtius Briand gegenüber bei seiner letzten Besprechung den Wunsch geäußert hat, die Regelung der Saarfrage möglichst beschleunigt zu sehen derart, daß sie vor der Völkerverversammlung vom September beendet ist. Wie das Blatt weiter meldet, hat Briand in diesem Punkte Dr. Curtius keine Versicherung geben können. Es sei Sache der Deutschen, so meint der „Petit Parisien“, den Abschluß der im Gange befindlichen Verhandlungen dadurch zu beschleunigen, daß sie den französischen Delegierten hinreichend vorteilhafte Vorschläge machen. Das heißt, daß die Franzosen nach wie vor darauf bestehen, auch künftig an den Saargruben in irgendeiner Form beteiligt zu sein. Der „Matin“ will übrigens erfahren haben, daß die Saarverhandlungen einen ziemlich befriedigenden Verlauf nehmen sollen.

Frankreich notifiziert Räumung am 30. Juni.

Wie von maßgebender Seite aus Genf bestätigt wird, hat der französische Außenminister Briand in einer kurzen Unterredung, die kurz vor seiner Abreise mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius stattfand, die Erklärung abgegeben, daß die französische Regierung am 30. Juni der Reichsregierung die völlige Räumung des Rheinlandes notifizieren werde.

520 Millionen Osthilfe

Der Inhalt des Ostprogramms.

Minister Treviranus als Reichskommissar.

Das von der Reichsregierung verabschiedete Osthilfegesetz sieht einen Betrag von rund 520 Millionen Mark für die Dauer von fünf Jahren vor. Im laufenden Jahr sollen 116 Millionen verwandt werden, während in den nächsten vier Jahren je 100 Millionen für den Osten besonders aufgewendet werden sollen.

Der Inhalt des Gesetzes sieht eine starke Förderung der Siedlung im Osten mit verbesserten Finanzgrundlagen vor. Für die ostpreussische Wirtschaft wesentlich ist die gesicherte Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das den Bau von Eisenbahnen, Landstraßen und Wasserstraßen vorsieht. Die Umsiedlungs- und Wertschöpfungsmaßnahmen werden auf der Grundlage betriebswirtschaftlicher Prüfungen im Einzelfalle durchgeführt werden, wobei man wohl annehmen darf, daß diese Prüfungen durch die betriebswirtschaftliche Abteilung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse erfolgen. Ein Moratorium ist in dem Gesetz nicht vorgesehen. Dagegen sollen Maßnahmen ergriffen werden, um vermeintliche Zwangsversteigerungen vorläufig zu unterlassen.

Starke Interesse begegnet in der Öffentlichkeit die Frage, welche Stelle die Durchführung des Ostprogramms übernehmen wird. Wie es heißt, soll Reichsminister

testen Reizes nicht entbehrt, daß dort alles stehen- und liegenbleiben muß, was bis zum 15. Juni nicht abtransportiert wird, so daß hinterher Deutschland auf seine Kosten auch noch den Schuttplanzen auf seine Ordnung bringen darf. Mit anderen Flugzeugen halten treiben die Franzosen es gerade so. Und höchste Zeit ist es, daß Briand endlich diesem Gebaren wildgewordener französischer Generale Einhalt tut. Das lächerlichste dabei ist ja wohl die Forderung auf Schleifung der — 260 Jahre alten Mainzer „Befestigungen“. Nur einen gibt es, der dazu Beifall flüchtet, der „olle, ehrliche“ Poincaré, der wieder einmal herausgefragt hat, wie kolossal, aber heimlich Deutschland rüstet. Und daß es eine Sünde und Schande ist, wenn die Besatzungstruppen wirklich abziehen.

Ja, Deutschland rüstet tatsächlich, rüstet heimlich. Zur Feier für die Befreiung der Rheinlande nämlich. Denn daß diese kommt, ist in Genf durch Briands Wort von neuem verbrieft und besiegelt worden. Trotz Poincaré, Maginot und seiner Generale.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Dentschrift gegen Mieterhöhung.

Der Landesverband Preußen im Bunde Deutscher Mietervereine hat der preussischen Staatsregierung und dem Preussischen Landtag im Namen der ihm angeschlossenen 905 preussischen Mieterorganisationen eine Dentschrift überreicht. Darin wird erwähnt, daß außer der staatlichen Mieterhöhung noch weitere kommunale Erhöhungen der Miete in Aussicht stünden. Die Mieten in sämtlichen preussischen Gemeinden seien aber bereits erheblich höher als 120 Prozent der Friedensmiete. Im Gegensatz zu dieser Mietinspolitik seien Löhne, Gehälter

Treviranus mit der Durchführung des Ostprogramms betraut werden; ihm zur Seite soll als preussischer Kommissar der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder stehen. Eine Entscheidung darüber dürfte unmittelbar bevorstehen, sobald Reichsminister Brüning dem Reichspräsidenten über den Beschluß der Reichsregierung Vortrag erstattet haben wird, was am Sonnabend der Fall sein soll.

Wie weiter verlautet, soll die Reichsregierung beabsichtigen, das Ministerium für die besetzten Gebiete nicht schon zum 1. Oktober 1930, sondern erst zum 1. April 1931 aufzulösen, weil man mit seinem Apparat die Arbeiten für die Osthilfe einleiten will. Durch die Verwirklichung dieser Absicht hofft man die Errichtung einer neuen Behörde und die Schaffung eines neuen Beamtenapparats überflüssig zu machen.

Das Osthilfegesetz.

Abschluß der Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett beendete am Donnerstag seine Beratungen über den Entwurf des Gesetzes über die Hilfemaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). An der Sitzung nahmen Vertreter des preussischen Staatsministeriums, der Reichsbank, der Preussenkasse und der Rentenbankfidejussoren teil.

und die Bezüge der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner nur mit einer gesetzlichen Minderleistung von 120 Prozent berücksichtigt. Sofern ein Ausgleich des preussischen Staatshaushalts nicht in anderer Weise, ohne Mieterhöhung, möglich sei, könne er nur erreicht werden, wenn die jährlich rund 300 Millionen Mark betragenden Zwischengewinne des Althausbesitzes an der Hauszinssteuer erfasst werden. Die Veränderung des Veranlagungssystems und die Vermeidung solcher Zwischengewinne sei in verschiedenen Ländern, z. B. Sachsen, Baden, längst durchgeführt worden. Das Defizit im Staatshaushalt von etwa 110 Millionen Mark könne auf diese Weise ohne Mieterhöhungen gedeckt werden.

840 000 Kriegsbeschädigte.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages gab der Berichterstatter beim Etat für Versorgung und Ruhegehalt bekannt, daß die Kopfszahl der Kriegsbeschädigten in den letzten Jahren noch immer zugenommen habe, nämlich von 730 000 im Oktober 1924 auf gegenwärtig 840 000. Die Ursache dieses starken Anstiegs liege darin, daß die früher abgefundenen Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent auch ohne nachweisbare Verschlechterung ihres Lebens wieder eine Rente erhalten können, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit jetzt 25 Prozent beträgt. Die Folge dieser Bestimmung war, daß bis zum 30. September 1929 insgesamt 121 000 derartige Anträge gestellt wurden. Hinzu kamen neue Anträge zahlreicher Personen, die bisher überhaupt keine Rente bezogen.

Polen.

Demonstrationsstreik gegen Rüstungen.

Der in Krakau tagende Internationale Bergarbeiterkongress hat eine Entschließung gegen die weitere Aufrüstung der Staaten gefaßt. Um die Welt von der Notwendigkeit dieses Protestes zu überzeugen, hält es der Kongress für notwendig, einen 24stündigen Demon-

strationsstreik der Bergarbeiter aller Länder zu veranstalten. Der Ausschuss des Kongresses ist beauftragt worden, einen geeigneten Tag für diesen Streik auszuwählen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Im Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages wurde die Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen Wagner (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung durch die Presse genehmigt. Desgleichen wurde die Genehmigung zur Strafverfolgung Dr. Göbbels' (Nat.-Soz.) und Feders (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung erteilt.

Madrid. Gegenwärtig weilt hier anlässlich des 11. internationalen Eisenbahnkongresses der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. v. Dornmüller. Die Tagung ist die erste seit Kriegsausbruch, auf der die Deutschen wieder vertreten sind.

Lissabon. Die portugiesische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach die portugiesischen Firmen verboten wird, ausländische Arbeiter und Beamte anzustellen. Ausgenommen sind nur die Brasilianer und die Ausländer, die bereits im Besitz eines Arbeitsvertrages sind. Der Grund für das Verbot ist die herrschende Arbeitslosigkeit.

Zweite Beratung des Reichshaushalts.

Deutscher Reichstag.

(165. Sitzung.) CB. Berlin, 16. Mai.

Sofort bei Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Schred-Baden (Komm.) einen Antrag über die Notlage der pfälzischen Weinbauern. Er verlangt, daß die bayerische Regierung den Weinbauern schädlichen Maßnahmen aufhebe. Der Antrag wird abgelehnt.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Reichshaushaltes für 1930 ein. Zunächst wird der Haushalt des Reichspräsidenten

behandelt. Abg. Beutling (Komm.) beantragt Streichung bei den Bezügen des Reichspräsidenten. Der Haushalt wird ohne weitere Aussprache angenommen. Bei dem

Haushalt des Reichszanlers

sagt der Berichtsteller, daß der Ausschuss die Reichsgefandtschaft in München wie auch die Reichszentrale für Heimatdienst als künftig wegfallend bezeichnet haben will. Vom Abg. Rauch-München (Bayer. Vp.) wird Streichung der Bestimmung über die Gefandtschaft in München beantragt. Abg. Zörgler (Komm.) tritt für Aufrechterhaltung der Bestimmung ein, da die Vertretung in München gänzlich überflüssig sei und jährlich 55.000 Mark koste. Die Abstimmungen über beide Gegenstände werden auf später verschoben. Zur Beratung kommt der

Haushalt des Justizministeriums.

Verbunden mit der Beratung ist das Überleitungsgesetz für die Strafrechtsreform, die Amnestieanträge der Deutschen Nationalen und Kommunisten und eine Entschlüsselung der Regierungsparteien. Nach dieser soll ein Ausschuss zur Vorbereitung einer großen organischen Justizreform eingesetzt werden.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsjustizminister Dr. Bredt eingebracht. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) kritisiert die Rechtsprechung des Reichsgerichts. Das Gericht setze sich über die Verfassung und über die Gesetze der Republik hinweg, während es festhält an verstaubten, längst überholten sogenannten Rechtsbegriffen. Die Zahl der Fehlurteile ist niemals so groß gewesen wie heute. Der Redner verlangt Auskunft, ob es richtig sei, daß jetzt schon mit dem Justizministerium verhandelt werde über eine Amnestie der wegen der sogenannten Fememorde Verurteilten. Er verlangt eine grundlegende Reform des Reichsgerichts.

Abstimmungen.

Die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichszanlers werden nun vorgenommen. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei, die Bestimmung bei der Gefandtschaft in München „künftig wegfallend“ zu streichen, wird mit den Stimmen der Linken, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei abgelehnt. Die Gefandtschaft fällt in Zukunft weg. Bezüglich der Reichszentrale für Heimatdienst wird ein Antrag der Demokraten und der Volkspartei angenommen, nach welchem der Vermert „künftig wegfallend“ gestrichen wird. Der Etat des Reichszanlers wird angenommen. Ebenso ist der Etat des Reichspräsidenten bewilligt.

Nunmehr wird die

Aussprache zum Justizhaushalt

fortgesetzt. Abg. Dr. Everling (Dm.) setzt sich für den Amnestieantrag der Deutschen Nationalen ein. In Mecklenburg sei bereits eine Amnestie erlassen worden und Preußen wie das Reich können sich doch von Mecklenburg nicht beschämen lassen. Die von einer Regierungspartei verlangte Amnestie anlässlich der Rheinlandräumung habe die Regierung auch noch nicht vorgelegt. Bei den Rheinlandfeiern sollten wohl nur Verräter die Freiheit bekommen, nicht aber Leute, die in nationaler Notwehr handelten. Die Amnestieforderung wird so lange wiederholt werden, bis die Mehrheit im Parlament Empfinden dafür bekommt, daß es empörend wirken muß, wenn Barmer ein halbes Jahr Strafe bekommt, Sklarek frei wird und die Opfer der Fememorde im Kerker bleiben.

Abg. Everling verlangt in seinen weiteren Ausführungen eine Beschwerde gegen Verbote des Stahlhelms und ähnlicher Organisationen.

Justizminister Dr. Bredt

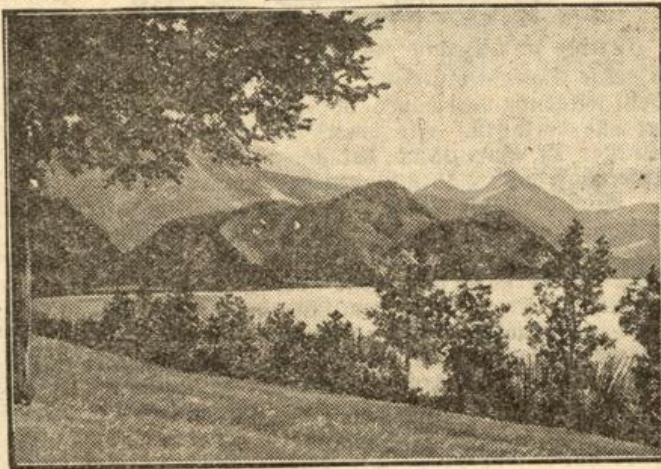
verweist auf die im Gange befindliche Strafrechtsreform und kündigt für 1930 die Veröffentlichung eines Referentenentwurfs für die Zivilprozessreform an. Ehe ein Ausschuss nach dem Willen der Regierungsparteien gebildet werde, solle man diese Vorschläge zur Reform abwarten. Der vorliegende Antrag in dieser Beziehung müsse dem Ausschuss überwiesen werden, um dort Klärung zu erfahren. Auf dem Gebiet der Aktienrechtsreform sei eine Teillösung nicht möglich. Auch hier werde ein Referentenentwurf bald erscheinen. Der Minister bespricht die Frage der Aufwertungshypothesen, die im Jahre 1932 fällig werden. Der dem Reichstag zugeleitete Gesetzentwurf schlage die Erhöhung des Zinsfußes

vor. Ein Moratorium komme nicht in Frage. Dr. Bredt verteidigt das Reichsgericht gegen die sozialdemokratischen Angriffe. Zur Amnestie müsse man die Entscheidung des Rechtsausschusses abwarten. Preußens Ministerpräsident habe sich stark gegen jede Amnestie der Fememörder ausgesprochen. Falls eine Amnestie durch die Regierung bei der Rheinlandräumung erlassen werde, dann könne diese Amnestie nur die Aufgabe haben, einen endgültigen Strich unter alles zu machen. (Unruhe links.) Eine Amnestie, die nur neue Unruhe schaffe, habe keinen Wert. Zu den Klagen über die Leipziger Hochverratsprozesse sagt der Minister, daß von 138 Anzeigen im Jahre 1929 nur 44 ein Verfahren im Gefolge gehabt hätten. Das Reichsgericht hatte in der letzten Zeit besonders schwere Aufgaben zu erfüllen. Es sei eine bewundernswerte Leistung gewesen, daß das Reichsgericht verstanden habe, auch heute in der neuen Zeit auf Grund des alten Rechtes das Richtige zu finden.

Abg. Dr. Bredt (Ztr.): die kommende Justizreform darf nicht so unsozial aussehen wie die gestern vom Reichstag abgelehnte sogenannte kleine Justizreform.

Abg. Bredt spricht weiter die Hoffnung aus, daß das neue Strafrecht baldigt unter Rechtsangleichung an Österreich in Kraft treten werde. Auf dem Gebiet des internationalen Rechts muß mit viel größerem Eifer als bisher an einer Vereinheitlichung oder wenigstens an einem Ausgleich gearbeitet werden. Deutschland muß als Vorkämpfer für die Ausgestaltung des internationalen Rechts auftreten, damit endlich die Machtidee verdrängt wird durch die Idee der Gerechtigkeit.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) sucht in längerer Rede darzulegen, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts einseitig gegen die Arbeiterschaft eingestellt sei. Hiernach werden die Verhandlungen abgebrochen und das Haus vertagt sich auf Sonnabend.



Der Kochelsee im bayerischen Überschwemmungsgebiet.

Ein Aufwertungshypothesen-Gesetz.

Der Entwurf vom Kabinett verabschiedet.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothesen ist vom Reichskabinett verabschiedet und dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Der Entwurf wird im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollsitzung am Donnerstag die Novelle zum Bankgesetz, die eine Neuverteilung des Reingewinns der Reichsbank vorschlägt. 10 Prozent sollen dem gesetzlichen Reservefonds, 8 Prozent als Mindestdividende den Anteilseignern zugeführt werden. Von dem Rest sollen von den ersten 25 Millionen das Reich 75 Prozent und die Anteilseigner 25 Prozent, von den nächsten 20 Millionen das Reich 90 Prozent und die Anteilseigner 10 Prozent und von dem Rest das Reich 95 Prozent und die Anteilseigner 5 Prozent erhalten. Zugestimmt wurde auch dem Gesetz über die Weltpostvereinsverträge, ferner der Haushaltsrechnung und der Anleihebedarfschrift für 1928.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Salver, den 17. Mai 1930.

Unterirdische Gewalten.

1. Kor. 16, 13: Wacht, steht im Glauben, seid männlich und seid stark.

In Vienenburg am Harz ist durch plötzliche Wassereinträge in die Kalibergwerke schwerer Schaden und große Gefahr entstanden. Während die Menschen oben auf der Erde in Sicherheit zu leben glaubten, sind unterirdische Gewalten tätig gewesen und haben ihr Zerstörungswert unbeachtet vollbracht, vielleicht gefördert von der Unachtsamkeit oder von Fehlern der Menschen. Da hat es gewühlt und gespült, da ist es erd befüllt, dann geflossen und schließlich hereingebrochen. Man hat sich zu sicher gefühlt und nun ist das Unheil da. So wie im Innern der Erde dunkle Kräfte unablässig wirken, so ist's auch im Innern der Menschenherzen, in den einzelnen und in der Gesamtheit. Das ist das Doppelweien von uns Menschen, daß wir Kräfte des Aufbaues und Kräfte der Zerstörung, Mächte des Lichts und Mächte der Finsternis in uns bergen, und daß wir auch da meist zu unachtsam und sicher dahinleben, ja, daß wir uns nicht einmal warnen lassen, wenn wir sehen, wie die Dämme und die Sicherungen

von den dunklen Fluten des Schmutzes und der Niedertracht unterhöht und abgespült werden: Die Heiligkeit der Ehe und des Familienlebens, die Redlichkeit im Handel, die Gewissenhaftigkeit in der Pflichterfüllung, die Wahrhaftigkeit, die Sauberkeit — soll uns der Boden ganz unter den Füßen weggespült werden? Wer nicht wachsam ist und nicht anlämpft gegen das Wirken der dunklen Gewalten in sich und um sich, macht sich mitschuldig an dem Unheil, das entsteht, ja, leistet der Zerstörung Vorschub. Denn auch hierin gibt es nur ein entweder — oder: entweder dagegen oder dafür. Nicht dagegen sein heißt dafür sein!

Fortdauer der unbeständigen Bitterung.

Die Hoffnung auf eine durchgreifende Besserung der allgemeinen Wetterlage erfüllte sich nicht. Nach einer vorübergehenden Aufbesserung nahm eine ganze Serie von Tiefdruckwirbeln maßgebenden Einfluß auf das Wetter. So kam es, daß besonders in Mittel- und Süddeutschland verbreitete und ergiebige Niederschläge niedergingen. Aus den Mittelgebirgen, insbesondere aus dem Schwarzwald, aus dem Riesengebirge und aus dem Bayerischen Wald wurden sogar Schneefälle gemeldet. Eine Folge des vorwiegend trüben Wetters war, daß die üblichen Maifrische diesmal in nur beschränktem Maße auftraten. Wenn auch zunächst eine Aufbesserung zu erwarten ist, so muß man doch mit einer Fortdauer der unbeständigen Witterung rechnen.

Hausmusik.

„Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden.“

singt Wilhelm Busch, aber das Interesse für gute Musik ist trotzdem nicht geschwunden, wenn man sich vielleicht auch in unserer schnelllebigen, hastenden und nimmer rastenden Zeit der wirklich guten Musik nicht mehr mit solcher Liebe und solcher Gemächlichkeit hingeben kann wie einst. Dazu kommt noch, daß der Schlager die gute Musik erschlägt, daß wir, scheinbar reitungslos, in Jazz untertauchen und daß Radio und Grammophon, die ja natürlich sein müssen, das übrige tun, um uns die gute Hausmusik, um uns das Selbstmusikieren zwar nicht zu verleißen, aber doch allmählich vergessen zu machen. Denn darauf kommt es an: auf das „Selbstmusikieren“. Musik in der Öffentlichkeit kriegt man ja schließlich immer noch genug zu hören, aber der „Hausmusik“ scheint das letzte Stündlein geschlagen zu haben. Was waren das früher für Beisehungen, wenn nach des Tages Last und Arbeit die Familie sich um des Lichtes gefällige Flamme scharte und die musikalischen Mitglieder des Hauses mit Geige und Klavier Beethoven und Haydn und Mozart spielten, wenn einer mit schöner Stimme Schubert'sche Lieder und Löwische Balladen sang oder wenn gar ein Quartett sich zu edlen Musikstücken zusammensand! Gewiß, man soll keine fimmerlichen Talentchen großzuchten, soll nicht durch stundenlanges Klavierputzen oder Geigetragen die ganze Nachbarschaft rebellisch machen, soll nicht das „Familiengenie“ als musikalisches Wunder herumzeigen — aber gute Hausmusik, die soll man denn doch nicht aufgeben! Das empfinden auch die, welche im kommenden Herbst unter Mitwirkung von Reich, Ländern und Kommunen in allen Orten Deutschlands eine „Reichs-Hausmusikwoche“ veranstalten wollen, um der Pflege der Hausmusik wieder die Bahn zu ebnen. Dem deutschen Volke soll der erzieherische Wert des Selbstmusikierens praktisch vor Augen geführt werden durch musikalische und unterhaltende Auftritte in der Presse, durch Veranstaltung von „Hauskonzerten“, durch Hinweise auf Kompositionen, die sich vorzugsweise für die Hausmusik eignen, usw. Die „Reichs-Hausmusikwoche“ will der so sehr zurückgegangenen Hausmusik, die jetzt wie ein Schenkelbrödel dahinfällt, neue Antriebe zuführen, und es ist aufs richtigste zu wünschen, daß sie unserem Volke Wege zeige, die zu einer Wiederbelebung des so sehr vernachlässigten Selbstmusikierens führen könnten. Aber, wie gesagt, nur um gute Musik darf es sich handeln, nicht um Reiz und Schlager und Fuge, die den ehrlichen Musikfreund unbedingt zu Wilhelm Busch's spöttischer Charakteristik der Musik bekehren müssen!

— Die öffentlichen Geldinstitute der Provinz Westfalen im Monat April 1930. 1. Die westfälischen Sparkassen. Die westfälischen Sparkassen hatten im Monat April einen Zuwachs an Spareinlagen von 4,7 Millionen RM. gegenüber RM. 8,6 Millionen im April 1929. Der Spareinlagenbestand beläuft sich auf 891,3 Millionen RM. Die Scheck- und Kontokorrenteinlagen nahmen wie im Vorjahre um 1 Million RM. ab und belaufen sich jetzt auf 104,2 Millionen RM. Der Gesamtbestand bei den westfälischen Sparkassen beträgt mithin 995,5 Millionen RM. An Sparbüchern wurden ca. 17.600 Stück ausgestellt. 2.) Die Landesbank und das Pfandbriefamt für Hausgrundstücke. Die Bilanzsumme der beiden Institute belief sich Ende April 1930 auf 502 Millionen RM., gegenüber 448 Millionen RM. Ende April 1929. Die Umsätze betrugen im April 1930 785 Millionen RM. 3. Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen hatte im April 1930 einen Antragszugang von 2,7 Millionen RM.

— Siedler-Besuch aus der Ostmark. Von den Mitgliedern des Westdeutschen Siedlerverbandes, welche in den deutschen Ostprovinzen eine eigene landwirtschaftliche Existenz erworben haben, werden Pfingsten einige Siedler mehrere Tage wegen ihrer Verlobung in ihrer westfälischen Heimat weilen. Landwirtschaftliche und Landwirtschöcher, welche sich über die Verhältnisse der Ostsiedlung bei den Siedlern, welche selbst praktische Erfahrungen und nicht bloß theoretische Erfahrungen darin besitzen, selber erkundigen wollen, wollen sich im Büro des Westdeutschen Siedlerverbandes, Münster i. W., Legidistrasse Nr. 60 nach der Adresse der gegenwärtig in der Heimat weilenden Siedler erkundigen. Am Sonntag, dem 25. Mai 1930 werden

Das ist eine bessere Methode!

Einweichen der Wäsche mit Henko erspart Geld, Kraft und Zeit. Henko lockert den Schmutz in schonender Weise. Warum wollen Sie sich abmühen, wenn Henko ohne Ihr Zutun nachtsüber die Arbeit besorgt? Weichen Sie mit Henko ein, Sie werden schneller fertig!

Auch zum Weichmachen des Wassers sowie zum Putzen und Scheuern leistet Henko vortreffliche Dienste.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
Seit über 50 Jahren im Haushaltsdienst bewährt!

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Porzellanwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?



25 Millionen für Siedlungen.

Stegerwald über Landarbeiterwohnungsbauplan.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Etatsberatungen über das Reichsarbeitsministerium am Abend nach Schluß der Plenarsitzung fort. Bei der Behandlung der Etatsmittel über Wohnungs- und Siedlungswesen wies Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald nochmals darauf hin, daß die Mieten von den Neubauwohnungen meistens so hoch seien, daß die handarbeitende Bevölkerung nicht in der Lage sei, diese Mieten zu bezahlen.

Es sei bedauerlich, daß in Deutschland noch hunderttausend ausländische Landarbeiter verwendet werden müßten, weil kein Ersatz an deutschen Arbeitern vorhanden sei. Diesem Übelstand könnte abgeholfen werden, wenn den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen verschafft würden. Deshalb habe er sich auch bei den Beratungen über das Ostprogramm energisch dafür eingesetzt, daß außer den 5 Millionen Mark, die der Reichsarbeitsminister dem Landarbeiterwohnungsbauplan bewilligt habe, noch weitere Mittel zu diesem Zweck eingesetzt werden müßten.

Für den gegenwärtigen Etat sei eine weitere Einstellung von Mitteln für das Siedlungswesen an dem Widerstand des Finanzministers gescheitert. Es sei ihm, dem Reichsarbeitsminister, aber gelungen, noch weitere 20 Millionen Mark für dieses Jahr zu machen. So sei es ihm möglich gewesen, im Haushaltsjahr insgesamt über 25 Millionen Mark für das Siedlungswesen zu verfügen.

Berlins Tauschgeschäfte.

Oberbürgermeister Böß läßt sich entschuldigen.

Der Elbarel-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich weiter mit den Grundstücksgeheimnissen der Stadt Berlin. Es handelt sich immer noch um das in der Nähe des Potsdamer Platzes gelegene Grundstück, das zuerst der Warenhausfirma Wertheim angeboten worden war, dann aber an eine französische Warenhausfirma — die Galeries Lafayette — verkauft werden sollte, was zu allerlei Irrungen und Wirrungen und Tauschgeschäften geführt hat. Ein Vertreter des Warenhauses Wertheim erklärte, daß Wertheim sich zum Rücktritt von seinem Kaufangebot bereit erklärte, falls ihm zugesichert würde, daß an der in Frage kommenden Ecke kein anderes Warenhaus entstehe. Das habe man ihm zugesichert, dann aber trotzdem Verhandlungen mit anderen Interessenten angeknüpft.

Oberbürgermeister Böß, der gehört werden sollte, weilt zurzeit zur Erholung außerhalb Berlins. Sein Rechtsanwalt teilte mit, daß Böß die Ladung nicht habe rechtzeitig zugestellt werden können; er würde aber später zur Verfügung stehen. Ein Angestellter der Bankfirma Lazard Speyer und Elissen, der seinerzeit Direktor der Kanada-Land-Gesellschaft war, mit der die Stadt in der Grundstücksfrage verhandelte, sagte aus, er habe lediglich seine Unterschrift unter den Vertrag mit der Stadt gesetzt, während die Verhandlungen von anderen geführt worden seien. Von dem Inhalt des Vertrages habe er keine Kenntnis gehabt. Als der Zeuge darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er die handelsrechtliche Verantwortung für den Vertrag trage, suchte er mit den Richtern.

Salsbrecherische Geschäfte.

Zeuge Rechtsanwalt Dr. Selowitsch war vorübergehend Vorstandsmitglied der Kanada-Land-Gesellschaft, die für das Bankhaus Schlesinger, Erler das Grundstück am Potsdamer Platz von der Stadt Berlin gekauft hat.

Es sei an ein in der Stadt Berlin am Potsdamer Platz, an der Firma Galerie Lafayette beteiligt sei, für die Zubereitung des Geschäfts eine Provision von 300 000 Mark gezahlt worden, doch habe er keine Ahnung davon gehabt, ob ein Teil des Geldes über Luft an Stadtrat Busch gegangen sei.

In seiner Anwaltsstätigkeit seien ihm später Mitteilungen gemacht worden, über die er jedoch nicht aussagen dürfe, da sie unter seine Schweigepflicht fielen. Bankier Rosenhain befandete, dem Oberbürgermeister sei ein Betrag von 20 000 Mark für seinen Kunstfonds gezahlt worden, 300 000 Mark seien an die beteiligte Antierdamer Bankfirma gegangen, wovon 100 000 Mark an Luft.

angeblich für Parteizwecke

ausgezahlt worden seien. Die von Luft ausfertigte Quittung habe er bei der holländischen Bankfirma angefordert und sie der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Zeuge schilderte dann seine Beziehungen zu Stadtrat Rag, durch den seine Firma

insolge von Bilanzfälschungen

über ein Geschäft mit der chemischen Fabrik Brücker, Lampe u. Co., um etwa zwei Millionen Mark geschädigt worden sei. Stadtrat Rag habe allerdings von diesen Bilanzfälschungen nichts gewußt, vielmehr selber 700 000 Mark verloren. Der Prozeß gegen Rag sei bisher noch nicht entschieden. In nicht-öffentlicher Sitzung wurde beschlossen, am Sonnabend u. a. Stadtrat Rag, den ehemaligen Stadtrat Gabel und den Leiter des städtischen Stützungsdezernats zu vernehmen.

Skandal im Berliner Stadtparlament.

Handgreifliche Young-Debatte.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu großen Tumulten gelegentlich der Besprechung nationalsozialistischer und kommunistischer Anträge, die sich gegen den Young-Plan wandten. Während der Rede eines sozialdemokratischen Stadtverordneten geriet eine Anzahl Nationalsozialisten und Deutschnationale mit einer größeren Anzahl Sozialdemokraten in ein erbittertes Handgemenge. Der stellvertretende Vorsitzende hob am die Sitzung auf. Eine Abteilung Schutzpolizei war inzwischen im Rathaus erschienen, brachte jedoch nicht mehr eingzugreifen.

Differenzen in Thüringen.

Der Riß in der Koalition.

Die politische Lage in Thüringen hat eine Verschärfung erfahren. Da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Regierungsparteien in der Frage der Erneuerung der thüringischen Polizeidirektoren auch durch eine Kabinettsitzung nicht überbrückt werden konnten und das Kabinett beschloß, die Entscheidung zu vertagen, haben es die Nationalsozialisten abgelehnt, an den Haushaltsverhandlungen im Landtag teilzunehmen.

Sie blieben ebenso wie Dr. Frid den Beratungen im Plenum fern, so daß die Regierungsparteien Aussetzung der Abstimmungen beantragen mußten, da sie über keine sichere Mehrheit mehr verfügten.

Die thüringische Landespolizei.

Erklärung des Ministers Frid.

In der Freitagssitzung des Thüringischen Landtages, an der die Nationalsozialisten ebenso wie am Donnerstag nicht teilnahmen, nahm bei der Beratung des Etatskapitels „Landespolizei“ auch Minister Dr. Frid das Wort. Er führte u. a. aus, er habe im Jahre 1927 beim Reichsinnenministerium eine schriftliche Erklärung abgegeben, wonach die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht daran denke, auf ge-

waltsamem Wege die Weimarer Verfassung zu beseitigen. Es sei ein untragbarer Zustand, daß man Polizeibeamten verbiete, Nationalsozialisten zu sein, wenn man auf Grund der Reichsverfassung dulde, daß ein Nationalsozialist Landesminister werde. Als solcher sei er, Dr. Frid, jetzt Chef der thüringischen Polizei.

Es gehe nicht an, daß hier mit zweierlei Maß gemessen werde, und es sei eine Prestige- und Lebensfrage für die Nationalsozialisten, daß sie als Regierungspartei ebenso behandelt würden wie die anderen und nicht nur als gut genug erachtet werden, unpopuläre Gesetze mitzubeschließen. Sie müßten auch das Recht erhalten, wichtige Positionen im Staate zu besetzen.

Schober über seine Politik.

Österreichs Bundeskanzler erstattet Bericht.

Im Österreichischen Nationalrat ergriff Bundeskanzler Schober das Wort. Er äußerte sich zu der Kritik am österreichisch-deutschen Handelsvertrag und wandte sich dann der Besprechung seiner Auslandsreisen zu. Er wies die Mißdeutungen zurück, die seine Besuche in Rom und Berlin erfahren hätten. Sowohl in London wie in Paris seien Österreichs Beziehungen zum Deutschen Reich als begründet anerkannt worden. Die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Italien sei als nützlich und friedensfördernd befunden worden. Die Regierung werde auf der gradlinigen Bahn zur Gesundung des Staates weiterstreben.

Gegen das Wettrüsten.

Kritik an der Londoner Seekonferenz.

Im Englischen Unterhaus hat die Debatte über das Ergebnis der Londoner Seekonferenz mit einer Rede der Ministerpräsidenten Macdonald eröffnet, der es beklagte, daß seit Versailles der Geist der Abrüstung zwar Boden gewonnen habe, in der Praxis aber nicht recht vorwärtsgelommen sei. Man müsse deswegen zunächst einmal versuchen, dem Wettrüsten ein Ende zu machen, ehe man an eine wirkliche Abrüstung denken könne. Jenes erste Ziel sei durch die Londoner Abmachungen wenigstens zwischen Amerika, England und Japan erreicht worden. Frankreich und Italien hätten auch versprochen, ihre Flottenbauten einzuschränken; außerdem sieht Macdonald die italienisch-französischen Besprechungen nicht als aussichtslos an.

Der Sprecher der Konservativen, Winston Churchill, während des Krieges Marineminister, verlangte, dem Versailler Vertrag gemäß müsse eine Abrüstung nicht bloß zu Wasser, sondern auch zu Lande und in der Luft durchgeführt werden; England sei hierin schon bis zum Rande des Tragbaren gegangen. Im Lauf der Debatte kam es zu einem sensationellen Zwischenfall: Churchill verlas den Wortlaut eines Telegramms, das er 1921 als Minister namens der Regierung Lloyd George an Lord Balfour nach Washington zu der damaligen Seekonferenz geschickt hatte. Scharfe Proteste erfolgten und das Parlament beschloß die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Untersuchung dieser Indiskretion Churchills.

Hunger- und Durststreik in Indien.

Die täglichen Verhaftungen und Verurteilungen.

In Indien setzten die englischen Behörden ihre Politik der Gewalt gegenüber den Demonstrationen der „Gewaltlosigkeit“ fort. Vorübergehend ist auch auf ihrem Marsch gegen das staatliche Salzlager Dharana die jetzige Führerin des passiven Widerstandes, die Dichterin Rabindranath Tagore, verhaftet worden, nachdem sie und ihre Gefolgschaft einen 28stündigen Hunger- und Durststreik als Protest gegen das Einschreiten der Polizei veranstaltet hatten. Der Marsch ist natürlich gescheitert. Ebenso sind Hunderte von Anhängern Gandhis verhaftet, mehrere Führer sofort „wegen Aufreizung“ zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Trotzdem finden überall Protestdemonstrationen statt, die teilweise zahlreiche Verwundete als Opfer der Zusammenstöße mit der Polizei forderten, und der Allindische Volksausschuß tut alles, um die Bewegung in Fluß zu halten.

Demgegenüber tauchen in Bombay Gerüchte auf, die von der Absicht eines entgegenkommenden Schrittes der Regierung wissen wollen.

Die Stadt Bergen in Flammen.

Ungeheure Brandkatastrophe.

In einem Speicher in Bergen brach ein Brand aus, der sich mit rasender Geschwindigkeit zunächst auf mehrere Blocks alter Holzhäuser ausbreitete. Zur Bekämpfung des Brandes ist die gesamte Feuerwehr eingesetzt, die von freiwilligen Wehren unterstützt wird. Trotz aller Bemühungen hat das Feuer bereits mehrere Stadtviertel erfaßt.

Der Brand kam nachmittags um 1/3 Uhr zum Ausbruch. Die Stadt war schon einmal vor mehreren Jahren von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden. Die veraltete Bauweise der winkligen Straßen erleichterte auch damals das schnelle Übergreifen der Flammen von einem Häuserblock zum anderen.

Schweres Bergwerksunglück in Amerika.

Bisher 17 Tote.

Nach Washingtoner Meldungen hat sich auf einer Grube in Nevada eine schwere Explosion ereignet. 17 Bergarbeiter wurden getötet; 400 sind gegenwärtig noch eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.

Was man noch wissen muß.

Ungarn ratifiziert die Pariser Abkommen.

Das Ungarische Abgeordnetenhaus hat den Gegenseitig über die Ratifizierung der Pariser Abkommen mit überwiegender Mehrheit im allgemeinen angenommen.

Die Danziger Verfassungsänderung.

Im Verfassungsausschuß des Volkstages wurde das Gesetz über die Änderung der Danziger Verfassung in dritter Lesung angenommen. Das von den bürgerlichen Parteien eingeleitete Volksbegehren dürfte in Wegfall kommen.

Maria Orska †.

Die Schauspielerin Maria Orska ist in Wien nachts um 12 Uhr an den Folgen einer Bzonalvergiftung gestorben.

Nah und Fern

○ Zwei weitere Todesopfer des Calmette-Serums. In Lübeck sind von den Säuglingen, die mit dem Calmette-Serum behandelt worden sind, wieder zwei gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer auf zehn gestiegen ist. Das Befinden weiterer kranker Kinder gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß.

○ Unschuld im Zuchthaus. Im Fuldaer Krankenhaus gestand ein gewisser Kieferwetter aus Günthers, daß er im Jahre 1911 die Scheune des früheren Gastwirts Endter angezündet habe. Dem Feuer fielen damals sechs Gebäude zum Opfer. Die Folge davon war eine gerichtliche Untersuchung, die mit einer Anklage gegen Endter endete. Der Gastwirt wurde auf Grund eines Indizienbeweises zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt, nach fast 20 Jahren, hat sich die Unschuld Endters herausgestellt.

○ Dampferzusammenstoß im Hamburger Hafen. Unfähigkeit infolge Frühnebel verursachte im Hamburger Hafen einen schweren Zusammenstoß. Der längsseit am Stützendeck liegende Dampfer „Ingram“ der Rolandlinie Bremen wurde von dem von See kommenden norwegischen Dampfer „Kong Magnus“ von der Steuerbordseite gerammt und in Höhe der Back aufgerissen. Der norwegische Dampfer wurde erheblich am Vorschiff und am Steven beschädigt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

○ Eine neue Mordtat bei Ratibor. Der Auszügler Sedlitz aus Silberkopf (Kreis Ratibor) wurde auf dem Wege nach Mosurau im Straßengraben unter einer Karre Hen tot aufgefunden. Blutspuren auf der Straße lassen vermuten, daß Sedlitz erschlagen und dann in den Straßengraben geworfen und mit Hen zugedeckt worden ist. Bei dem in Ratibor wegen Mordes verhafteten Leopold Pausner, in dem man den Mörder von Düsseldorf sehen wollte, handelt es sich um einen von den tschechoslowakischen Behörden gefuchten Raubmörder, der zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, dann aber in die mährische Landesirrenanstalt übergeführt wurde und von dort im Januar entflohen ist. Die Düsseldorf Morde kommen bestimmt nicht auf sein Konto.

○ Schweres Autounglück. Auf der Andernacher Landstraße ereignete sich in der Nähe des sogenannten Bubenheimer Berges ein schweres Autounglück. Ein Personenauto wurde in voller Fahrt von einem anderen angefahren. Von den Insassen des ersten Wagens war eine ältere Frau sofort tot, während drei weitere Personen so schwer verletzt wurden, daß sie in ein Koblenzer Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Insassen des zweiten Wagens, die die Schuld an dem Unglück tragen, sind anscheinend ohne Verletzungen davongekommen; sie fuhr sofort, ohne sich um die Verunglückten zu kümmern, weiter.

Schlupfdienst.

Bermischte Nachrichten vom 16. Mai.

Die Finanzierung der Hilfsmaßnahmen.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und die Rentenbankkreditanstalt werden, zuverlässiger Informationen zufolge, an der Ablösungsbank zur Finanzierung der Osthilfe zu gleichen Teilen beteiligt sein, außerdem beteiligt sind daran das Reich. Es wird die Aufgabe der Ablösungsbank sein, zwei Papiere herauszubringen, einen „Ablösungsschein“, der

die Garantie des Reiches und Preußens

erhält. Dieses Papier soll zur Abfindung der Gläubiger selbst dienen und wird im Betrag von 250 Millionen herausgebracht werden. Daneben sollen 300 Millionen hauptsächlich im Wege der inneren Umschuldung flüssig gemacht werden.

Außerdem sollen langfristige Kredite, die von der Preussischen Kasse vergeben werden, zur Umschuldung bäuerlicher Betriebe dienen. Neben der Umwandlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in langfristige Kredite sollen gewisse Verbindlichkeiten zur Auslösung kommen.

Im Laufe von zehn Jahren denkt man auf diese Weise einen Teil der eingefrorenen Agrarkredite zu fundieren. 75 Prozent dieser Kredite werden die Garantie des Reiches erhalten, 25 Prozent verbleiben im Risiko der Genossenschaften als der letzte Kreditgeber. Außer der Preussischen Kasse wird sich an der Hergabe dieser Kredite, die

ausschließlich den ostpreussischen Bauernbetrieben

zugute kommen, im Betrag von voraussichtlich einer Million die Ermländische Zentralkasse beteiligen. Die Siedlungs- und Zwischentkredite sollen durch eine Anleihe abgelöst werden, so daß mit Hilfe dieser Anleihe aus dem Rückfluß der Zwischentkredite neue Zwischentkredite gegeben werden können. Für diese Anleihe wird voraussichtlich die Preussische Staatsbank in Frage kommen.

Zur Finanzierung des Ostbahnbaus wird das Reich eine Anleihe von 130 Millionen Mark aufbringen; für den Ausbau der Wasserstraßen, der ebenfalls durchgeführt werden soll, sind keine bestimmten Beträge vorgesehen.

Die Donau führt Hochwasser.

Wien. Die Donau und ihre Nebenflüsse auf österreichischem Gebiet sind in den letzten Tagen bedeutend gestiegen. Der Wasserstand der Donau in Wien, der am Donnerstagabend noch 90 betrug, wurde am Freitag mit 182 gemeldet.

Meinungsverschiedenheiten in Basel.

Basel. In der Sitzung der Bankiers am Sitz der B. Z. Z. kam es sicherem Vernehmen nach zu Meinungsverschiedenheiten über die Trancheverteilung unter die einzelnen Länder. Ursprünglich war z. B. der englische Anteil mit 60 Millionen Dollar vorgesehen, später hatte man sich provisorisch auf 40 Millionen Dollar geeinigt. Heute jedoch erklären die Engländer, daß sie nicht mehr als 25 Millionen Dollar, das sind 10 Millionen Dollar mehr als die Schweiz, übernehmen könnten. Man nimmt an, daß über die Tranchen erst eine weitere Tagung in Basel oder in Paris Klärung schaffen wird.

Was die Frage der weiteren Garantien für die 100 Millionen Deutschlands (für Reichsbahn und Reichspost) betrifft, so hofft man offenbar, eine Einigung in dem Sinne erzielen zu können, daß Deutschland zwar keine besonderen Garantien übernimmt, daß aber für diesen Betrag neben der Reichsregierung auch die Reichsbahn gesetzlich die Schuldtitel unterzeichnen wird.

Strafmaßnahmen wegen des Pariser Poststreiks. Paris. Der nach Paris zurückgekehrte Postminister Wallarme nahm von den Zeitstreiks der Postbeamten Kenntnis und ergriff gegen eine Anzahl von Beamten, deren Verantwortung erwiesen ist, Strafmaßnahmen, so Entlassungen, Ausgrenzungen und Einleitung von Disziplinarverfahren. In einer Auslassung betont der Postminister, daß er am 24. April in einer Unterredung mit einer Abordnung der Beamten vereinbart hatte, den Regierungsentwurf der neuen Gehaltskala abzuwarten. Daher sei er über die trotz dem entfesselte Streikbewegung sehr überrascht.

die betreffenden Ostdiedler, welche gegenwärtig in Westfalen sind, bei der regelmäßigen sonntäglichen Zusammenkunft der Mitglieder des Siedlungsverbandes vormittags und nachmittags zugegen sein und einen Vortrag über ihre eigenen Erfahrungen halten. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

—* **Besichtigungsfahrt für Kleinsiedler.** Der Westdeutsche Siedlerverband veranstaltet Ende dieses Monats eine besondere Besichtigungsfahrt für solche Kleinbauern und Kötterhöfner, sowie sonstige Siedlungsinteressenten, welche im Osten unseres Vaterlandes auf gutem Boden in landwirtschaftlich und landschaftlich vorzüglicher Gegend, in der auch genügender Absatz für bäuerliche Produkte vorhanden ist, eine Eigenstelle von höchstens 8-40 Morgen nebst einem Haus und Stallung zu erwerben wünschen. Meldungen müssen innerhalb 8 Tagen an das Büro des Westdeutschen Siedlerverbandes, Münster i. W., Regidistrasse Nr. 60 gerichtet werden. Andernfalls ist persönliche Rücksprache beim Sprechtag am kommenden Sonntag im Hanjohof in Münster, (Lüttkegasse Nr. 5) erforderlich. Die Besichtigungsfahrt wird erheblich verbilligt. Dauer der Fahrt etwa 3-4 Tage.

Halver

—! Die Schüler der Landwirtschaftlichen Winterschule Lüdenscheld unternahmen gestern unter Führung von Direktor Schewe und Landwirtschaftslehrer Kornfeld eine Besichtigungsfahrt in unsere Gemeinde. Zunächst wurden die Wiesen des Landwirts Dahlhaus in Hürtal einer Besichtigung und Besprechung unterzogen, alsdann ging die Reife weiter nach dem Gut Schöneberge. Hier wurden die Anlagen, Gebäude, Felder und Weiden besichtigt. Gegen Mittag war der Bildungsgang der Landwirtschaftlichen Winterschule beendet.

(—) **Oberbrücke, 17. Mai.** Am dem Wege, der von dem Wohnhaus des Herrn Adolf Hamel-Ehringhausen rechts über den Kopf — einerseits nach Bammelbach-Oberbrücke, andererseits nach Berge, Heesfeld, Deringhausen führt, — ist von der Abteilung des Sauerländischen Gebirgsvereins Oberbrücke eine Ruhebänk zur fleißigen Benutzung aller Wanderer aufgestellt. Es wird nun aber auch der Wunsch ausgesprochen, sei sie auch noch so klein, noch so geringfügig, dem Vorstand mitzuteilen. Das Einschneiden von Namen oder anderen Bemerkungen ist unterzagt, und könnte evtl. eine strenge Bestrafung nach sich ziehen.

Schalksmühle

—! Ihre Silberhochzeit feierten die Eheleute Kaufmann Karl Hagedorn und Frau Maria geb. Steinbach, Viktoriastr. Noch nachträglich die besten Glückwünsche.

—! Die Wettflüge der Brieftauben innerhalb der Sauerländischen Reisevereine haben für dieses Jahr wieder ihren Anfang genommen. Der 1. Flug fand ab Bienenberg statt, eine Strecke bis Lüdenscheld von 225 km. Obwohl das Wetter am Ausflugsort klar und windstill war, so war in der Heimat sehr schlechtes regnerisches Wetter zu verzeichnen und erlitt die Ankunft somit Verzögerung. Der Sauerländischen Reisevereine gehören insgesamt 15 Vereine an und waren zu diesem Wettflug 1707 Tauben gesetzt, worauf 341 mit Preisen bedacht wurden. Vom hiesigen Verein „Heimatliebe“ waren 196 Tauben gesetzt mit 48 Preisen. Die erste angekommene Taube gehörte zum Verein „Germania“ Lüdenscheld und hatte somit eine Fluggeschwindigkeit in der Minute von 1,059,00 Metern. Die Preisträger des hiesigen Vereins Heimatliebe sind folgende: Hengstenberg und Lumberg 5, 7, 37 und 161, Fuchs und Solleder 12, 82, 119, 132, 154, 190, 217, Bösenbeck und Schulte 18, 38, 283, 317, Schmidt und Selbach 25, 27, 103, 107, 143, 155, 248, 266, 277, 298, 315, Gebr. Kleinschmidt 60, 114, 145, 163, 187, 247, 312, 329, Willi Leimberger 97, 276, Aug. Schulz 122, 205, 254, 258, 339, Hans Lemken 153, 253, G. Wähler 211, 215, R. Halverscheid 234, C. Borchling 256, Cw. Halverscheid 292.

—! **Dahlebrück, 17. Mai.** Wegen Früherlegung der Abfahrtszeiten für den Zug 1145 Dieringhausen-Hagen, ab Dahlebrück 18,29, ab Rummenohl 18,35, wird bei den

Postagenturen Dahlebrück und Rummenohl vom 19. 5. ab der Schalterdienst nachmittags von 15,30-17,30 Uhr abgehalten. Der Schalterdienst an den Sonntagen ist für Dahlebrück auf 9-10 Uhr festgesetzt worden.

Kierspe

—! **Motorrad-Unfall.** Einen schweren Sturz mit seinem Rad machte der Motorradfahrer W. von hier gestern Abend vor dem alten Schulhause. Die Verletzungen sind glücklicherweise nicht so schwer wie sie anfänglich schienen. Dr. Schürfeld leistete die erste Hilfe. Das Motorrad wurde sehr stark beschädigt und bedarf umfangreicher Reparaturen.

—! **Bestandene Meisterprüfungen.** Vor dem Prüfungsausschuß zu Arnsberg bestanden in Lüdenscheld ihre Meisterprüfung: Fritz Kubbier als Anstreichermeister, Karl Sönchen als Dachdeckermeister und Eugen Arion als Klempnermeister.

Kierspe-Bhf.

—! Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer zu Arnsberg bestanden folgende Damen bzw. Herren ihre Meisterprüfung: Fräulein Erna Cramer als Damen-schneidermeisterin, Ewald Schulte im Sattler-, Polsterer- und Dekorateurhandwerk, Gustav Becker im Bäckereihandwerk und Wilh. Weßel als Schreinermeister.

—! **Lüdenscheld, 17. Mai.** Neubesezung der Lüdenschelder Oberbürgermeisterstelle beschlossen. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben den Beschluß gefaßt, die durch das Ausscheiden des zum Generaldirektor der Elektromark gewählten Oberbürgermeister Jotusch erledigte Oberbürgermeisterstelle neu zu besetzen. Es wurde ferner beschlossen, die bisher im Jugendheim abgehaltenen Stadtverordnetenversammlungen in Zukunft wieder im Rathausaal stattfinden zu lassen, und zwar am letzten Dienstag jeden Monats, wenn sich dies einrichten läßt.

—! **Hagen, 17. Mai.** Große Sportverbewoche in Hagen. Der bedeutendste Hagener Sportverein, Sportklub 1905, veranstaltet in der kommenden Woche eine große Werbung. Außer einem Handball-Turnier, an dem die Sportfreunde Siegen, Tura-Barmen, Hagen 72 und Hagen 02 teilnehmen, findet ein großes leichtathletisches Sportfest, das erste dieser Art in Südwestfalen statt. An weiteren Spielen sind zu nennen Fußball gegen den südwestfälischen Meister Herten 09 und Bremen A. B. T. S. und Handball gegen eine Mannschaft der Universität Köln. Den Abschluß bildet ein großer Bürgerabend in der Stadthalle.

—! **Boerde, 17. Mai.** Verhängnisvolle Fahrt eines Radfahrers. Die leidige Unfälle der Radfahrer, blindlings abschüssige Straßen hinabzufahren, wurde einem hiesigen Arbeiter zum Verhängnis. Er kam auf dem Rade die Hoher Straße mit großer Geschwindigkeit herunter gefahren. Bei der Einfahrt in die Mittelstraße tauchte plötzlich ein Lastkraftwagen auf. Der Arbeiter kaufte mit voller Wucht gegen den Lastkraftwagen und erlitt schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung. Das Fahrrad wurde durch den Anprall völlig zertrümmert.

—! **Schwelm, 17. Mai.** Der Wohnungsmangel im Ennepe-Ruhr-Kreis. Der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises hat angeordnet, daß bis auf weiteres in folgenden Gemeinden die Wohnungsmangelvorschriften, die auf Grund der Einwohnerziffer als aufgehoben betrachtet werden konnten, wieder eingeführt werden: Herdecke, Wetter, Milspe, Boerde, Häßlinghausen, Gennepf, Linderhausen, Giddinghausen, Niederprochöbel, Blankenstein, Welper, Asbeck, Bolmarstein, Wengern, Breckerfeld, Ende, Dahl.

—! **Hohenlimburg, 17. Mai.** 100-Jahrfeier des Ev. Frauenvereins in Hohenlimburg. Im festlich geschmückten Saale des Volksheims fand bei sehr starker Beteiligung die 100-Jahrfeier des Evangelischen Frauenvereins Hohenlimburg statt. Der an die Spitze der neugegründeten Gesamtorganisation der Deutschen Frauenhilfe berufene Generalsuperintendent D. Joellner hielt die Festrede, Pastor Lüdke, Hohenlimburg, gab eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Vereins.

—! **Hierlohn, 17. Mai.** Aufforstung im Landkreise Hierlohn. Dem Aufforstungsausschuß des Landkreises Hierlohn lagen für seine letzte Sitzung 132 Anträge auf Zuteilung der Aufforstungsbeihilfe vor. Es ist damit zu rechnen, daß für das Jahr 1930 durch Unterfröhen öffentlicher Mittel insgesamt 331 Morgen Waldflächen aufgeforstet werden und zwar werden angepflanzt 29.250 Stück Laubholz und 441 Stück Nadelholzpflanzen.

—! **Dortmund, 16. Mai.** Im Lohnbüro der Zeche Adolf von Hansmann im Stadtbezirk Mengede wurde in der letzten Nacht versucht, zwei Geldschränke zu erschleichen. Der Versuch mißglückte. Beide Schränke sind beschädigt, einer von ihnen konnte nicht geöffnet werden, so daß die Fabrikhilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der Einbrecher ist verhaftet.

—! **Wattenscheid, 17. Mai.** Der Fremdenlegion entronnen. Nach langem, unwürdigen Dienst auf afrikanischem Sand ist der Montagearbeiter Otto Blöcher in seine Heimat zurückgekehrt. Drei Jahre hat er unter französischen Fahnen gestanden und zwei vergebliche Fluchtversuche gemacht. Erst der dritte gelang ihm. Schließlich vermochte er von Tunis aus auf einem norwegischen Dampfer zu entkommen und ist über Cardiff wieder in seiner Heimat angelangt.

—! **Drögen, 17. Mai.** Zu Tode gestürzt. Als der Landwirt Gerhard Susmann mit dem Abwerfen von Stroh vom Söller auf die Tenne beschäftigt war, kam er durch einen unglücklichen Zufall zu Fall und stürzte auf die Tenne herab. Mit einem Wirbelsäulenbruch blieb der Mann tot liegen.

—! **Velbert, 17. Mai.** Großes Jugendtreffen. Am 24. und 25. Mai findet in Velbert ein großes rheinisch-westfälisches Jugendfest statt, an dem mehrere tausend Mitglieder der Jugendbewegung teilnehmen werden. Mitgestalter an diesem Fest sind die Singchören, Volkstanzkreise, Spielscharen und Handpuppenspieler Rheinlands und Westfalens. Bei den Festfeiern werden führende Persönlichkeiten der Jugendbewegung sprechen, u. a. auch Prof. Dr. J. Müller aus Köln. In Verbindung mit dem Fest wird in Velbert eine Ausstellung junger Kunst und Verkarbeit gezeigt.

—! **Wuppertal, 16. Mai.** Schweres Verkehrsunfall bei Wuppertal. 2 Tote einer Familie aus Werderh. Am Außenrand von Elberfeld, am Gabelpunkt, ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr ein schweres Verkehrsunfall. Ein Personenauto, das von Werderh. kam, und in dem sich vier Personen befanden fuhr in voller Fahrt gegen einen von Neviges kommenden Straßenbahnwagen. Das Auto wurde vollständig eingedrückt. Der Fahrer, eine ältere Dame und ein Kind wurden schwer verletzt. Die Mutter des Kindes wurde getötet. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Insassen des Autos waren eine Familie Jekkenborn aus Werderh. Im Laufe des Nachmittags ist auch das sechsjährige Töchterchen der Familie seinen Verletzungen erlegen. Der Ehemann Jekkenborn, der den Wagen lenkte, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Schwiegermutter, die vierte Insassin, hat einen komplizierten Oberschenkelbruch erlitten, sowie schwere äußere Verletzungen.

—! **Düsseldorf, 17. Mai.** Zwei Frauen mit dem Revolver bedroht. In der Nähe des Schadowplatzes bedrohte Donnerstag gegen 22,30 Uhr ein etwa dreißigjähriger Mann aus bisher noch unbekannten Gründen zwei Frauen mit einem Revolver. In der Nähe weilende Kraftwagenfahrer versuchten dem Mann die Waffe zu entwenden. Bei dem Handgemenge entluden sich zwei Schüsse. Der Mann wurde festgenommen.

—! **Oberlahnstein, 15. Mai.** „Schinderhannes“ in Oberlahnstein. Eine aus allen Schichten der Bevölkerung gebildete Vereinigung wird an allen Sonntagen des Jahres 1930 das von Pfarrer Reuter in naschauer Mundart geschriebene Volksstück „Schinderhannes, der rheinisch Räuvershahn“ auf einer Freilichtbühne zur Aufführung bringen. Die Uraufführung findet am 25. Mai statt, der gesamte Erlös der Aufführungen ist für wohltätige und gemeinnützige Zwecke bestimmt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute Abend um 8 1/2 Uhr mußte nach langer, schwerer Krankheit unser liebes Söhnchen

Dieter

im zarten Alter von 7 1/2 Monaten wieder von uns gehen.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Winkhaus u. Frau
Edith geb. Noelle.

Oeckinghausen, den 16. Mai 1930.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Mai, um 4 Uhr nachmittags nach dem Familientfriedhof in Carthausen statt.

Trauerfeier 1/2 Stunde vorher im Trauerhause.

Preiswerte Spirituosen!

Weinbrand 1/2 Fl. 4.25 Mk.	Münsterländer 1 Fl. 3.50 Mk.
Weinbrand 1/2 Fl. 2.25	Münsterländer 1/2 1.90
„Verschnitt 1/2 Fl. 3.50	„Alter Korn 1 3.50
„ 1/2 Fl. 1.85	„Alter Korn 1/2 1.90
Mit. Dopp.-Goldb. 1 Fl. 4.80	Dopp. Wacholder 1 Fl. 4.80
Eltha Kummel 1 Fl. 6.75	„ 1/2 2.50

Asbach und Scharlachberg-Weinbrand, Rum und Arrack, Original Genever, Bols Viqueure in allen Preislagen.

Die Preise verstehen sich einschließlich Glas.

Halversche Medizinal-Drogerie

Carl Menke, Fernr. 281

Der amtliche

Sommer-Fahrplan

für das
Niederrh. - Westfälische
Industrie - Gebiet . . .
— Preis 90 Pfg. —
vorrätig in der
Buchhandlung

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Wenn Vater waschen müsste...

kaufte er noch heute eine

Original Miele Waschmaschine

Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Grösste Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Bevor Sie Landmaschinen, wie:
Grasmäher, Senwender, Pferderechen, Schwadenrechen,
kaufen, lassen Sie sich von mir Angebot machen, ich führe nur allererste Fabrikate.
Wilhelm Reininghaus, Rönshahl,
Fernsprecher 109.

Frachtbriefe
nach der neuesten gültigen Vorschrift
am Lager
Wilh. Bell jr. Halver.

Zündapp-Motorrad
250 ccm 6 1/2 P. S.
mit elektr. Licht u. Tachom.
500 RM., nur mit Karbidlicht
400 RM.
zu verkaufen.
Motor im Werk überholt.
Zu besichtigen am Samstag und Sonntag nachm.
H. Kirchhoff,
Bergfeld bei Halver.

Zum 1. Juli ds. Jrs. wird ein
junges Mädchen
für's Büro gesucht.
Beherrschung der Stenographie und Schreibmaschine Vorbedingung.
Schriftliche Angebote unter Angabe der Gehaltsansprüche und Beifügung etwaiger Zeugnisabschriften sind bis zum 25. ds. Mts. in der Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver unter A. W. abzugeben.

Kräftiger
Lehrling
m. guten Schulzeugnissen für sofort gesucht
Wegerei
Walter Schneider,
Schalksmühle, Tel. 238

Wer sucht Kapital?
Hypothesen, Bausgeld, Darlehen jeder Art, Auskunft kostenlos und unverbindlich
Montag 10-1 u. 3-7 Uhr
Dienstag 9-1 u. 3-7 Uhr
durch
H. Ahnen,
Lüdenscheld, Schillerstr. 17 I
Keine Vermittlung!

Heimarbeit
schriftl. Vitalis-Vorlag
München.